

# Es geht um unseren Main-Taunus-Kreis

Programm zur Kommunalwahl 2021



Für den Main-  
Taunus-Kreis



AfD





# Liebe Bürger!

Die Alternative für Deutschland ist eine bürgerliche, freiheitliche, sozialkonservative Partei. Die AfD ist aus einer Bewegung vieler engagierter, besorgter und verantwortungsbewusster Bürger aus der Mitte der Gesellschaft entstanden, die das Versagen der politischen Führung in der Eurokrise und bei der Bewältigung politischer Probleme, wie etwa dem Asylchaos, nicht mehr hinnehmen konnten und wollten. Die Alternative für Deutschland will Demokratie, Rechtsstaat mit Gewaltenteilung, Subsidiarität und soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards, vor allem aber die Freiheit bewahren und, wo nötig, wiederherstellen. Wir sehen aber heute mit Sorge, dass diese Freiheit und damit auch die Demokratie zunehmend verloren gehen. Andersdenkende werden ausgegrenzt oder müssen gar berufliche Nachteile fürchten. Zudem stellen wir eine abnehmende Partizipation der Bürger am politischen Leben fest. Sie sollen wieder stärker daran teilnehmen.

**Ihre AfD**  
**Main-Taunus-Kreis**

Außerdem will die Alternative für Deutschland den elementaren Prinzipien, der Rechtsstaatlichkeit, der Verantwortung, der Solidarität, der Transparenz und der Nachhaltigkeit wieder Geltung verschaffen. So wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind die Städte und Gemeinden die Keimzellen des Staats. Es ist unendlich wichtig, dass das Leben in ihnen von Sicherheit, Ordnung und Stabilität geprägt ist! Angst und Unterwerfung hingegen sind schlechte Ratgeber. Die Coronapandemie hat uns in kürzester Zeit eine erschreckende Anfälligkeit unserer Gemeinwesen vor Augen geführt. Obwohl seit Jahren Risikoanalysen vorliegen, traf sie die Entscheidungsträger in Politik und Gesundheitswesen weitgehend unvorbereitet. Wir treten für echte Meinungsfreiheit ein und gegen die sogenannte „politische Korrektheit“ und die Tabuisierung von wichtigen Themenfeldern. Wir rücken den öffentlichen Diskurs wieder in die Mitte der Gesellschaft und haben den Mut zu Freiheit, Demokratie und Verantwortung.

[www.afd-mtk.de](http://www.afd-mtk.de)

# Sicherheit und Ordnung

Der Schutz der Bürger vor Kriminalität gehört zu den Kernaufgaben eines Staats. Ein zunehmendes Unsicherheitsgefühl zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit prägt die Lebensqualität im Main-Taunus-Kreis maßgeblich mit. Die AfD strebt deshalb eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, Prävention und Strafmaßnahmen einerseits sowie bürgerlichen Freiheitsrechten andererseits an.

## Polizeiarbeit

Die Landespolizei muss flächendeckend Präsenz zeigen, insbesondere durch erhöhte Streifenföätigkeit vor Ort an ausgewiesenen Kriminalitätsschwerpunkten. Gegenüber der Landesregierung müssen die Sicherheitsanliegen des Kreises offensiv vertreten werden. Wir fordern ein konsequentes Vorgehen gegen alle Arten von Straftaten, auch wenn diese ideologisch motiviert sind. Der Einsatz von Stadtpolizisten und privaten Sicherheitsdiensten kann nur als Ergänzung zur Arbeit der Landespolizei gesehen werden und darf diese nicht ersetzen.

## Videoüberwachung

Sicherheit muss vor Ort spür- und sichtbar sein. An Brennpunkten muss die Videoüberwachung im öffentlichen Raum zwecks Prävention und Aufklärung möglich sein.

## KOMPASS

Wir treten für verbesserte Kooperationsvereinbarungen zwischen Polizeirevieren, Kommunen und dem Landkreis ein. Zur effektiven Bekämpfung von Kriminalität sollten sich alle Kommunen im Main-Taunus-Kreis flächendeckend an der Sicherheitsinitiative KOMPASS beteiligen. Die Bürger sollen ohne Angst vor Kriminalität im Main-Taunus-Kreis leben können.

## Feuerwehr und Rettungswesen

Feuerwehr und Rettungswesen sind Garanten der Gefahrenabwehr. Die AfD unterstützt die Stärkung dieser Institutionen durch moderne Ausstattung und bessere Vernetzung. Wir fordern, die freiwilligen Feuerwehren durch moderne Ausstattung und Aus- und Weiterbildung zu stärken.



# Haushalt und Finanzen

## Für solide Finanzen – denn es geht um Ihr Geld!

Die AfD fordert eine verantwortungsvolle und solide Haushaltspolitik. Nur eine sparsame Haushaltsführung ist nachhaltig und bürgerfreundlich. Riskante Finanzierungsmodelle lehnen wir ab. Das Machbare muss vor dem Wünschenswerten Vorrang haben. Bei der Finanzplanung müssen immer auch die Folgekosten berücksichtigt werden. Haushalts- und Finanzpolitik ist Generationenpolitik. Unser Ziel ist es, unseren Wohlstand für künftige Generationen zu erhalten und zu mehren. Die ständig steigende Verschuldung der öffentlichen Hand auf allen Ebenen, auch der kommunalen, bürdet den kommenden Generationen unverantwortlich hohe Lasten auf. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Der Main-Taunus-Kreis gehört zu den zehn reichsten Kreisen in Deutschland. Trotz des hohen Steueraufkommens ist der Main-Taunus-Kreis enorm verschuldet. Allein dem Kreishaushalt 2020 von 431 Mio. Euro stehen 366 Mio. Euro Schulden gegenüber. Das entspricht schon nur für den Kreishaushalt einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.538 Euro. Um einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können, mussten die Gemeinden Eppstein, Flörsheim, Hattersheim, Hofheim, Kelkheim und Kriftel unter den Rettungsschirm

der Hessenkasse flüchten. Die Schulden sind damit jedoch nicht weg, sie sind nur woanders. All diese Daten zeigen, der Main-Taunus-Kreis und seine Gemeinden haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Investitionsentscheidungen müssen zum Nutzen aller Bürger getroffen werden und dürfen nicht den ideologischen Vorlieben Bessergestellter entsprechen. Höhere Ausgaben sind durch Effizienzsteigerungen auszugleichen. Sind Schulden erforderlich, ist das Konnexitätsprinzip (wer Aufgaben vergibt, ist für ihre Finanzierung zuständig) einzuhalten. Die Kreispolitik darf nicht aus den Augen verlieren, dass nicht der Staat die Gelder erwirtschaftet, sondern der Steuerzahler. Nur eine sparsame Haushaltsführung ist bürgerfreundlich. Der Kreis und seine Gemeinden dürfen ihre Gestaltungsspielräume nicht verlieren, das ist das Gebot der kommunalen Selbstverwaltung. Die AfD setzt sich für eine schlanke, effiziente Verwaltung ein. Die immer weiter steigenden Personalkosten gehören im Zeitalter der Digitalisierung auf den Prüfstand. Die AfD verlangt Effizienz und Transparenz auch bei den kreiseigenen Gesellschaften. Führungspositionen sind dort ausschließlich nach Qualifikation zu besetzen, eine Alimentierung nach Parteibuch lehnen wir ab.

# Verkehrspolitik und Infrastruktur

Der Landkreis Main-Taunus gehört zu den Pendlerhochburgen innerhalb der Metropolregion Frankfurt/RheinMain. Dies führt im Kreis zu hohen Anforderungen an die Infrastruktur und auch regelmäßig zur Überlastung derselben in den Bereichen Straße und Schiene.

## Gleichberechtigung der unterschiedlichen Verkehrskonzepte

Die meisten Bürger der Region sind sowohl Autofahrer als auch Radfahrer, Fußgänger sowie Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Eine ideologiebezogene besondere Förderung eines dieser Verkehrsmittel, wie es andere Parteien fordern, lehnen wir deshalb ab. Nur den Kauf und den Einsatz von Elektroautos zu befürworten, geht an der Realität vorbei. Elektroautos sind abhängig von teuren Ressourcen und wenig ökologisch. Bei einer Berücksichtigung der CO<sub>2</sub>-Gesamtbilanz der E-Autos dürften die vermeintlichen Vorteile der E-Mobilität für den Klimaschutz rasch entzaubert werden. Die einseitige Propagierung der Elektromobilität wird unserer Schlüsselindustrie nicht helfen.

## Erhalt der Kreis- und Gemeindestraßen

Der Zustand der Kreis- und Gemeindestraßen verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Die Straßeninfrastruktur verliert zunehmend an Substanz und Wert. Sanierungsmaßnahmen an Straßen müssten deutlich früher durchgeführt werden. Die AfD fordert ausreichende Finanzmittel für eine zeitgerechte Instandhaltung der Kreis- und Gemeindestraßen.

## Wichtige Verkehrsprojekte des Kreises

Die direkte Verkehrsanbindung des Main-Taunus-Kreises an den Frankfurter Flughafen ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt. Die AfD im Main-Taunus-Kreis befürwortet daher den Bau der Regionaltangente West, solange bei diesem Projekt der finanzielle Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zum verkehrspolitischen Nutzen steht und die Menschen sowie die Umwelt in der Region nicht übermäßig belastet werden.



# Wohnen und Bauen

Der Zuzugsdruck in und rund um die attraktiven Wirtschaftsräume steigert den Wohnungsbedarf, erhöht die Grundstücksnachfrage und belastet den Immobilienmarkt. Der Wohnungsmarkt ist ein Markt, der durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Durch die Öffnung Deutschlands für Masseneinwanderung wird eine zusätzliche Nachfrage geschaffen, die kaum je zu befriedigen ist. Überproportional steigende Nebenkosten begleiten die kletternden Wohnungspreise, verschärfen die Marktsituation und mindern zugleich das Angebot von preiswertem Wohnraum. Einengende Baubestimmungen, unwirtschaftliche Dämmvorschriften und bürokratische Gestaltungsvorgaben treiben Immobilienpreise, Bau- und Wohnkosten weiter in die Höhe. Das unmäßige Anheben von Grunderwerbs- und Grundsteuer ist ebenfalls kostentreibend, für Bauherren investitionshemmend und schlägt auf die Wohnkosten für Mieter und Eigentümer gleichermaßen durch.

Wir wollen mehr Wohnraum fördern. Dafür sind geeignete Maßnahmen zu treffen. Die Absenkung der Grunderwerbssteuer und die Stärkung der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsgesellschaften gehören zu diesen Maßnahmen. Der Kreis und die Gemeinden müssen mehr Bauflächen schaffen. Hier ist der Main-Taunus-Kreis besonders gefordert. Hier wurde nicht einmal die Hälfte der Wohnungen gebaut, die nach Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft nötig sind. Eine Erweiterung der Mietpreisbremse bei Neuvermietung auf den Main-Taunus-Kreis lehnen wir ab. Sie schafft keinen Wohnraum und destabilisiert den Mietwohnungsmarkt. Mietrechtliche Beschränkungen ändern an der hohen Nachfrage nichts. Abhilfe kann nur im Einklang mit der örtlichen Charakteristik durch Neubau, Nachverdichtung oder Aufstockung und Dachausbau geschaffen werden.



# Schule, Kita und Familie

Das Menschenbild der AfD gründet sich auf abendländisch-humanistische Werte und stellt für den Bildungsbereich den Begriff der Chancengerechtigkeit ins Zentrum. Das Ziel der Bildungsprozesse ist die im Leben selbstständig handlungsfähige Persönlichkeit. Sie bewährt sich im Wechselverhältnis von Freiheit und persönlicher Verantwortung. Moderne Gesellschaften sind komplexe soziale Systeme. Nur ein ausdifferenziertes Schulsystem kann jeden Schüler gemäß seiner Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit fördern und die nachrückenden Generationen in ihrer Gesamtheit auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Die Investition in eine optimale Bildungsinfrastruktur ist auch für unseren Kreis eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Die Schulen des Main-Taunus-Kreises sind personell und materiell so auszustatten, dass sie ihren gesetzlichen Aufgaben und Verpflichtungen in vollem Umfang gerecht werden.

## **Unsere Kinder sollen lernen, nicht frieren**

Ein effektiver Präsenzunterricht unter der Bedingung von Corona muss gewährleistet werden. Dazu gehört die Ausstattung der Schulen mit mobilen und stationären Luftreinigungssystemen. Der Ausbau einer digitalen Infrastruktur, außer in den Grundschulen, ist zu beschleunigen.

Dazu muss es an jeder Schule einen Breitbandinternetanschluss geben, und alle Lehrer und Schüler sind mit geeigneten digitalen Endgeräten auszustatten.

## **Kitas – Wahlmöglichkeiten bei der Kinderbetreuung**

In einer freien Gesellschaft können Bildung und Erziehung nicht ausschließlich an den Staat delegiert werden. Das Grundgesetz spricht von einer vorrangigen Pflicht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen und sie auf das spätere Leben vorzubereiten. Wir sind deshalb gegen die einseitige Bevorzugung der frühkindlichen Fremdbetreuung. Die AfD setzt sich für ein Angebot von freiwilligen, auch nichtstaatlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kindergartenkinder ein.

# Schule, Kita und Familie

## Deutschpflicht in Kitas

Gerade kleinere Kinder ausländischer Herkunft müssen schon im Kitaalter die deutsche Sprache erlernen, dies gilt inzwischen gemeinhin als wichtige Weichenstellung für den späteren Integrationserfolg. Verpflichtende Deutschkurse im Vorschulalter sind daher von zentraler Bedeutung.

## Familie

Die AfD fordert die Einrichtung eines Familienausschusses bzw. Amtes für Familienangelegenheiten, um durch Unterstützung und Förderung unseren Familien die ihr gebührende Wertschätzung zu gewähren.

## Familienbeauftragte

Familien mit Kindern sind unsere Zukunft und brauchen gerade auf kommunaler Ebene eine starke Interessenvertretung. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sollen daher durch Familienbeauftragte ersetzt werden. Sie sollen familienfreundliche Entscheidungen sicherstellen und eine Familienpolitik unterstützen, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen von Familien orientiert. Kommunale Leistungen und Verwaltungsabläufe sollen systematisch auf Familienfreundlichkeit hin untersucht und gegebenenfalls angepasst werden.





# Sport, Kultur und Ehrenamt

## Vereinswesen stärken und Ehrenamt fördern

Die AfD setzt sich für die Unterstützung kultureller kommunaler Projekte sowie die finanzielle Förderung von Sportstätten ein. Wir wollen Sportvereine stärken und unterstützen sowie Fördermöglichkeiten nutzen, um den Bedarf an Sportstätten vollständig zu decken.

Was wäre unsere Gesellschaft ohne die Bürger, die sich in ihrer Freizeit engagieren?

Zum Beispiel: unsere freiwillige Feuerwehr. Wir wollen Ehrenamt und Vereine stärken und bei der Nachwuchsgewinnung helfen.

Wir fordern Unterstützung für das Ehrenamt in den Kommunen. Ehrenamtskarten mit bundes- und landesweit gültigen Vergünstigungen wären ein Zeichen der Anerkennung und des Dankes für das ehrenamtliche Engagement.

# Immigration und Integration

Die seit 2015 stattfindende verfassungswidrige Immigration ist zur Schicksalsfrage Deutschlands geworden. Wenn ihr kein Einhalt geboten wird, wird Deutschland als freiheitlich-demokratischer, sozialer Rechtsstaat nicht fortbestehen. Dies ist von vielen politischen Kräften im Land gewollt.

Das Asylrecht ist gemäß Art. 16a GG ein Recht auf Zeit. Somit ist die Rückführung der Menschen bei Wegfallen des Asylgrunds zwingend geboten. Im Kreistag hat sich die AfD für die Verabschiedung einer Rückkehrstrategie stark gemacht. Wir fordern unverändert eine verstärkte Rückkehrberatung im Kreis und werden Parallelgesellschaften, wie sie von Verfechtern eines „bunten“ Deutschlands angestrebt werden, nicht akzeptieren.

Die AfD fordert, das geltende Recht im Ausländer- und Asylrecht wieder strikt anzuwenden. Wir sind dagegen, dass die finanziellen Lasten, die durch die Zuweisung von Immigranten verursacht werden, zu einem großen Teil von den Kommunen und Landkreisen getragen werden.

Diese Kosten sind nach dem Konnexitätsprinzip durch den Bund vollständig zu ersetzen.

Eine Bevorzugung von Immigranten bei der Vergabe von Sozialwohnungen, Kindergartenplätzen etc. lehnen wir grundsätzlich ab, da diese Entwicklung zu sozialen Spannungen führt. Eine mögliche Beeinträchtigung des Schulbetriebs durch Kinder, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, ist nicht hinnehmbar und muss durch geeignete Maßnahmen aufgefangen werden. Die AfD lehnt eine Verpflichtung des Staats, jeden Immigranten zu integrieren, entschieden ab. Im Kreistag hat sich die AfD von der Integrationsstrategie des Kreises distanziert. Der Regelfall muss die Rückführung von Migranten sein, nachdem ihre Schutzbedürftigkeit entfallen ist. Ansonsten wird sich eine deutsche Minderheitsgesellschaft bilden, die keinen Anspruch auf Integration mehr erheben können wird.

# Natur und Umwelt, Land- und Forstwirtschaft

Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftigen Generationen. Naturschutz darf nicht zulasten der Menschen gehen. Dabei spielt die Schonung natürlicher Ressourcen eine wichtige Rolle. Dieses gilt insbesondere für den Flächenverbrauch in Form weiterer Bau- und Gewerbegebiete. Die dringend benötigten neuen Baugebiete sollen daher nur sehr restriktiv ausgewiesen werden. Im dicht bevölkerten Main-Taunus-Kreis sollte dabei das Prinzip Bauverdichtung statt Landschaftszersiedlung gelten.

Wir wollen den Regionalpark erhalten und noch ausbauen. Wir wollen ein nachhaltig ausgerichtetes Finanzierungskonzept, das von allen Beteiligten getragen wird. Die Landwirte und Naturschutzverbände sind für uns wichtige Partner für ein Landschaftsschutzkonzept. Einen hohen Stellenwert genießt dabei die Erhaltung der im Main-Taunus-Kreis noch verbliebenen nutzbaren landwirtschaftlichen Flächen. Die geplante Biosphärenregion in den Kreisen Rheingau-Taunus und Main-Taunus sowie in Wiesbaden lehnen wir ab.

Sie verlagert die Entscheidungen von den vom Bürger gewählten kommunalen Gremien auf eine nicht von ihm gewählte und dadurch kontrollierte Verwaltungsebene.

Da unsere Region ohnehin schon durch Industrie, Verkehr und Fluglärm weit überdurchschnittlich belastet ist, lehnen wir den Bau von Windrädern in unserem Kreisgebiet ab. Attraktive nahtouristische Ziele wollen wir durch Rad- und Wanderwege erschließen und vernetzen. Die Schutz- und Bannwaldbestände wollen wir ergänzen.

Jagd und Naturschutz schließen sich nicht aus, sind aus Sicht der AfD gleichberechtigt. Jäger sind praktizierende Naturschützer, daher ist es für viele Jäger und Pächter selbstverständlich, dass sie in ihren Revieren Maßnahmen zum Natur- und Artenschutz umsetzen.

## Lärmschutz

Verkehrslärm jeder Art, in unserer Region besonders der Fluglärm, ist gesundheitsschädigend und mindert die Lebensqualität; technisch und ökonomisch umsetzbare Lärmschutzmaßnahmen unterstützen wir deshalb ausdrücklich.

# Schlussworte

Dieses kommunalpolitische Programm leitet sich aus den Grundsatzpositionen unserer Partei ab.

Überzeugen Sie sich selbst!

Kommen Sie zu den öffentlichen Kreistagssitzungen und unseren Veranstaltungen, sprechen Sie mit uns, und teilen Sie uns Ihre Sorgen mit.

Wir nehmen Ihre Anliegen ernst und geben ihnen eine Stimme.

[www.afd-mtk.de](http://www.afd-mtk.de)

AfD Main-Taunus-Kreis  
Telefon 01 52-52 36 09 49  
E-Mail: [kontakt@afd-mtk.de](mailto:kontakt@afd-mtk.de)

